

Titel: „Investitionen und Reformen für Wachstum und Resilienz“

Teil I	Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung	2
Kapitel A:	Zeitgemäße wirtschafts- und finanzpolitische Leitlinien und zentrale Handlungsfelder für künftigen Wohlstand	2
Kapitel B:	Zukunftsorientierte Finanzpolitik	3
B.1.	<i>Investitionen stärken (Seiten 22ff):</i>	3
B.2.	<i>Ausgabenpolitik (Seiten 28ff):</i>	4
Kapitel C:	Sechs angebotspolitische Handlungs- und Reformfelder	4
C.1.	<i>Bürokratieabbau (S. 35ff)</i>	4
C.2.	<i>Infrastruktur (S. 46ff)</i>	5
C.3.	<i>Innovationen (S. 59ff)</i>	6
C.4.	<i>Energie (S. 71ff)</i>	6
C.5.	<i>Arbeitsangebot (S. 81ff)</i>	8
C.6.	<i>Außenwirtschaft und EU-Binnenmarkt (S. 95ff)</i>	9
Kapitel D:	Strukturanpassung, industrielle Wertschöpfung und Wirtschaftssicherheit	11
D.1.	<i>Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit (126ff)</i>	11
D.2.	<i>Carbon Leakage (129ff)</i>	12
D.3.	<i>Wirtschaftssicherheit, kritische Infrastrukturen und Technologien , Rohstoffzugang ..</i>	12
Teil II	Jahresprojektion 2026.....	14
1.	<i>Konjunktur (S. 125ff)</i>	14
2.	<i>Weltwirtschaft (S. 131ff)</i>	14
3.	<i>Außenhandel (S. 133ff)</i>	14
4.	<i>Investitionen (S. 135)</i>	14
5.	<i>Staatsausgaben</i>	15

Teil I Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung

Kapitel A: Zeitgemäße wirtschafts- und finanzpolitische Leitlinien und zentrale Handlungsfelder für künftigen Wohlstand

Positiv:

Die Bundesregierung benennt offen und nicht beschönigend die ökonomischen Defizite in Deutschland:

- Verharren der Wirtschaftsleistung auf dem Niveau von 2019
- zunehmende Arbeitslosigkeit
- dynamische Zunahme der Staatsausgaben, Auseinanderlaufen der privaten und staatlichen Investitionen

Es werden strukturelle Ursachen für die Wachstums- und Investitionsschwäche erkannt:

- Bürokratie- und Regulierungskosten
- Investitionsstau bei öffentlicher Infrastruktur und Digitalisierung (Kapitalverzehr)
- Hohe Kostenbelastungen durch Energie, Einkommens- und Unternehmensbesteuerung
- Rückgang des Erwerbspersonenpotentials.

Es werden auch Umstände genannt, die Fehlentwicklungen überdeckt haben:

- Beschäftigungsaufbau seit 2023 aus Zuwanderung, also nicht endogen gewachsen
- Exportnachfrage (insb. China) als Wachstumstreiber der Vergangenheit, entfällt nun

Positiv fällt auf, dass der Bedarf „ordnungspolitischer Leitlinien für die Wirtschafts- und Finanzpolitik [gesehen wird], die sich an bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientieren“.

Wesentliche ordnungspolitische Leitlinien und Prinzipien werden genannt:

- Abbau von Bürokratie und Regulierung für mehr unternehmerische Freiräume
- Rückführung der Staatsverschuldung und Überprüfung von Subventionen / Förderungen
- Aufstiegsperspektiven für nachfolgende Generationen
- Stärkeres Verzahnen von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, auch in stärkerer Eigenverantwortung der Unternehmen
- Stärkere Integration des EU-Binnenmarktes, und Ausbau der Freihandelsabkommen.

Der Jahreswirtschaftsbericht fordert Strukturreformen, um die deutsche Volkswirtschaft auf einen „höheren selbsttragenden Wachstumspfad“ zurück zu führen.

Der Jahreswirtschaftsbericht führt als zentrale Handlungsfelder an:

- **Abbau von Bürokratie und Regulierung**, hier wird sogar ein „grundsätzlichen Umdenken in Staat und Gesellschaft“ sowie die Evaluierung bestehender Regulierung anhand messbarer Ziele angeführt.
- **Regulierung neuer Technologien stärker innovationsfreundlicher** zu gestalten. Der Jahreswirtschaftsbericht benennt die Folgen der auf Risikovermeidung ausgelegten Regulierung bisher, nämlich die Auswanderung von Innovation und Wertschöpfung aus Deutschland.

- **Stärkere Rolle des Kapitalmarkts** für Startups, Innovationen und letztendlich Produktivität. Der Jahreswirtschaftsbericht bekennt sich zur Vertiefung der Kapitalmarktunion bzw. der SIU.
- **Deckung der Arbeitskräftenachfrage**
- Weitere **Strukturreformen** werden bei **Steuern, den Sozialsicherungssystemen, auf dem Arbeitsmarkt und bei den Energiepreisen** gefordert.

Kritisch:

(Text-Ziff. 1) Die Bundesregierung bewertet das technische Wachstum von rund einem Prozent als Signal des Endes der Stagnation.

(Text-Ziff. 6) In der expansiven Fiskal-/Haushaltspolitik werden Wachstumsimpulse gesehen und verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsakteure.

(Text-Ziff. 7) Das Sondervermögen wird als richtiger konjunkturpolitischer Impuls gewertet. Der Anstieg der Schuldenstandsquote wird kritisch bewertet, dem wird allerdings die Reform der Schuldenregeln entgegengesetzt.

Um das Potentialwachstum zu stärken, wird – neben verbesserten Standortbedingungen – die investitionsorientierte Ausrichtung der öffentlichen Haushalte als Antwort genannt.

Kapitel B: Zukunftsorientierte Finanzpolitik

B.1. Investitionen stärken (Seiten 22ff):

Positiv:

(Ziffer 26) Die Bundesregierung hebt die positiven Effekte des Investitionsprogramms sowie die geplante Senkung der Körperschaftsteuer ab 2027 hervor. Auch wenn die Umsetzung aus unserer Sicht zeitlich zu spät erfolgt, ist die Maßnahme grundsätzlich als längst überfälliger Schritt zur Stärkung der Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen positiv zu bewerten.

(Ziffer 30) Die Bundesregierung erkennt den substanziellen Konsolidierungsbedarf im Bundeshaushalt an, insbesondere die zunehmende Verfestigung struktureller Ausgaben. Gleichzeitig wird das bestehende Trilemma deutlich: steigende Verteidigungsausgaben, wachsende Neuverschuldung und zunehmende Belastungen der Sozialversicherungen können nicht allein über den Bundeshaushalt ausgeglichen werden. Hier sind entschiedenen Schritte unerlässlich

Kritisch:

(Ziffern 22–24) Die Bundesregierung stellt den expansiven finanzpolitischen Kurs – insbesondere durch die Einführung eines Sondervermögens für Infrastruktur sowie durch die Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben – positiv dar. Aus Sicht der Wissenschaft und des Sachverständigenrates handelt es sich hierbei jedoch um eine Umgehung der geltenden

fiskalischen Regeln („Verschiebebahnhof“). Ein grundlegendes Umdenken in der Finanzpolitik der Bundesregierung ist bislang nicht erkennbar.

(Ziffer 28) Auch die positive Darstellung des Jahressteuergesetzes wird kritisch bewertet. Die vorgesehenen Anpassungen der Freibeträge sowie die Entlastungen für Arbeitnehmer bleiben hinter den Erwartungen zurück und gleicht beispielsweise nur die kalte Progression eines Jahres aus. Die Senkung der Umsatzsteuer für die Gastronomie wird zwar ebenfalls positiv hervorgehoben, ist aus Sicht des Sachverständigenrates jedoch als direkte Subvention zu werten und daher ordnungspolitisch.

.B. 2. Ausgabenpolitik (Seiten 28ff):

Positiv:

(Ziffer 32) Die Bundesregierung erkennt den Handlungsbedarf zur Steigerung des Potenzialwachstums und betont die positiven Synergieeffekte, die sich durch die Erhöhung der Erwerbstätigkeit ergeben. Insbesondere führen die daraus resultierenden steigenden Beschäftigungszahlen zu sinkenden Zusatzbelastungen in den Sozialversicherungssystemen, was sowohl die Finanzlage der Haushalte entlastet als auch wachstumsfördernd wirkt.

Kritisch:

(Ziffer 33) Der Abbau von Subventionen wird zwar grundsätzlich genannt, konkrete Maßnahmen und Umsetzungsstrategien fehlen. Hier besteht die Gefahr der Sonntagsrede.

Kapitel C: Sechs angebotspolitische Handlungs- und Reformfelder

C.1. Bürokratieabbau (S. 35ff)

Positiv:

(Ziffer 41) Positiv ist, dass die Bundesregierung die bürokratischen Hürden als wesentliches Hemmnis für den Wirtschaftsstandort wahrnimmt

(Ziffer 42) Auch erkennt die Bundesregierung korrekt, dass Bürokratierückbau ein einfaches Mittel für die Stärkung der Produktivität sein kann.

(Ziffer 43) Die Abschaffung des Lieferkettengesetzes ist längst überfällig. Die Abschaffung des Gesetzes ist eine Kernforderung des Wirtschaftsrates. In dem Sinne ist es positiv, dass die europäische CSDDD bürokratiearm in Deutschland umgesetzt werden soll. Gleichwohl muss eine Abschaffung auch auf europäischer Ebene das Ziel sein.

(Ziffern 44, 45) Die europäischen Omnibus-Initiativen sind grundsätzlich zu unterstützen und müssen durch die Bundesregierung weiter unterstützt werden.

(Ziffer 46) Die Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist für viele Industriesektoren essenziell. Daher ist die Modernisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ein überfälliger Schritt und muss spätestens bis Mitte des Jahres 2026 umgesetzt sein.

(Ziffern 48, 49) Der Jahreswirtschaftsbericht zählt viele Maßnahmen zum Bürokratierückbau und Modernisierung der Verwaltung auf, die auch grundlegende Forderungen des Wirtschaftsrates sind: Führungspositionen in Ministerien sollen leistungsbezogen und nicht nach Seniorität besetzt werden, grundlegende Modernisierung der Gesetzgebung, mehr Praxischecks, Anwendung von Genehmigungsfiktionen, Once-only-Grundsatz und eine zentrale digitale Plattform.

Kritisch:

Der Jahreswirtschaftsbericht adressiert viele offensichtliche Probleme, bietet jedoch meist nur kurzfristige Lösungen an. Es fehlt ein grundlegendes strategisches Zukunftsbild, wie Bürokratie und staatliche Regulierung gedacht werden können. Die Bundesregierung muss aus dem Modus kurzfristiger Maßnahmen zum Bürokratieabbau herausbrechen und eine echte, nachhaltige Staatsmodernisierung durchführen, um den Wirtschaftsstandort auch langfristig zu stärken.

C.2. Infrastruktur (S. 46ff)

Positiv:

(Ziffern 46, 52) Zur dringend erforderlichen Entschlackung von Planungs- und Genehmigungsverfahren will die Bundesregierung mit einem **Infrastruktur-Zukunftsgesetz** das Planungs-, Bau-, Umwelt-, Vergabe- und (Verwaltungs-)Verfahrensrecht einer grundlegenden Überarbeitung unterziehen. Dieser erstmals ganzheitliche Blick verdient Applaus. Zu unterstützen sind auch die bereits formulierten Einzelmaßnahmen, u. a. der angekündigte Wegfall des Planfeststellungsverfahrens für Ersatzneubauten oder die Einführung einer Stichtagsregelung. Leider jedoch fehlte der Mut zur Reform des Verbandsklagerechts, das in seiner derzeitigen Ausgestaltung Lobbyverbände gerade dazu einlädt, Infrastrukturvorhaben immer wieder zu blockieren.

Kritisch:

(Ziffer 55) In ihrem Jahreswirtschaftsbericht hebt die Bundesregierung zwar die Bedeutung einer verlässlichen Infrastrukturfinanzierung hervor, lässt dem Bekenntnis jedoch keine entsprechenden Maßnahmen folgen. Denn trotz nominell hoher Mittelansätze bleiben die erheblichen strukturellen Defizite gerade bei der **Verkehrswegefinanzierung** weiterhin bestehen. So sind die Investitionen in die Bundesfernstraßen preisbereinigt real sogar rückläufig, während der Erhaltungsbedarf bei Autobahnen und Bundesstraßen weiter zunimmt. Entscheidend ist, dass die im Koalitionsvertrag getroffene Vereinbarung zur vollständigen Wiederherstellung des Finanzierungskreislaufs Straße auch umgesetzt wird. Doch zu dieser wichtigen Maßnahme enthält der Jahreswirtschaftsbericht keine Aussage. Auch zu der im Koalitionsvertrag angekündigten Überjährigkeit der Finanzmittel oder der Aktivierung privaten Kapitals, konkret durch Ausstattung der Autobahn GmbH mit eigener Kreditfähigkeit, findet sich nichts. Nur durch eine verlässliche Finanzierungsbasis, die der Infrastruktur dauerhaft und zweckgebunden zugutekommen, entsteht die notwendige Planungssicherheit, damit Auftragnehmer und Bauwirtschaft in den Aufbau von Personal, Maschinen und Umsetzungskapazitäten investieren können.

(Ziffer 64) Kritisch ist auch das Kapitel **Wohnungsbau** zu betrachten. Zwar sind die in der Umsetzung befindlichen bzw. angekündigten Maßnahmen zur Vereinfachung der Baustandards,

der Bauleitverfahren, der Vorgaben bei Bebauungsplänen, zur rechtlichen Absicherung des so genannten Gebäudetyps E oder auch zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausdrücklich zu unterstützen, doch wird all dies durch die im Koalitionsvertrag vereinbarten Verschärfungen des Mietrechts konterkariert. Denn solange sich Investitionen nicht refinanzieren lassen, wird es keinen nennenswerten Wohnungsbau in Deutschland mehr geben. In diesem Politikfeld setzt die Bundesregierung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner – statt die dringend erforderliche Kurswende in der Bau- und Wohnungspolitik zu wagen.

C.3. Innovationen (S. 59ff)

Positiv:

(Text-Ziff. 75, 76) Der Jahreswirtschaftsbericht analysiert treffend, dass für Scaleups zu wenig Wachstumskapital in Deutschland und der EU verfügbar ist. Als Grund wird richtigerweise der unzureichende deutsche und europäische Kapitalmarkt genannt. Auch fällt positiv aus, dass die Rolle eines starken und effizienten Finanzstandorts als „eine entscheidende Bedingung für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit“ gesehen wird.

Kritisch:

Eine zusammenhängende Strategie insb. bei einer stärkeren Ausrichtung auf die Kapitalmarktfinanzierung ist nicht erkennbar. Es wird eine nationale „Startup- und Scaleup-Strategie“ angekündigt, obwohl eine ebensolche bereits auf der EU-Ebene initiiert wurde. Daneben wurde im Dezember 2025 der Deutschlandsfonds gestartet, der private Investoren u.a. stärker zu Scaleups führen soll. Hier fehlt eine Verzahnung der Initiativen.

C.4. Energie (S. 71ff)

Positiv:

Positiv ist zu sehen, dass die Marktorientierung in der Energiepolitik im Gegensatz zur Vorgängerregierung zumindest teilweise wieder erkennbar wird. Einige energiepolitische Initiativen im Bericht greifen Tendenzen auf, die aus Sicht des Wirtschaftsrats grundsätzlich richtig sind — etwa die Betonung von Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit als zentrale Ziele staatlicher Energiepolitik sowie die Notwendigkeit, Marktkräfte stärker zu aktivieren.

Kritisch:

Kritisch ist zu sehen, dass der Jahreswirtschaftsbericht trotz marktwirtschaftlichen Vokabulars oft umfangreiche staatliche Interventionen (Subventionen, Zuschüsse, staatliche Infrastrukturprogramme) enthält. Dies kann zu Verzerrungen auf Energiemärkten, höheren Steuer- und Umlagebelastungen und geringerer Dynamik im privaten Investitionssektor führen, wenn nicht klare marktliche Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Staatliche Förderung und Regulierung sollten klar auf Marktversagen ausgerichtet und zeitlich begrenzt sein. Breite Subventionen ohne Exit-Strategien verringern den Wettbewerbsdruck und fördern ineffiziente Strukturen.

Positiv:

Der Jahreswirtschaftsbericht betont die Wichtigkeit von Wettbewerb im Energiebereich als Stabilitätsanker und als Faktor zur Senkung langfristiger Kosten.

Kritisch:

Aus Sicht des Wirtschaftsrats ist es jedoch zu wenig, nur Wettbewerb zu betonen. Es fehlen klare Reformvorschläge zur Entbürokratisierung, Deregulierung und Marktöffnung (z. B. Messstellenbetrieb, Netzzugang, Ausschreibungsdesign), die die Energiepreise senken und Innovationsanreize stärken könnten.

Mehr Wettbewerb sollte durch Marktzutrittserleichterungen, Abbau regulatorischer Hürden und bessere Preis- und Informationssignale erfolgen.

Es besteht immer noch ein hoher staatlicher Einfluss auf Investitionsentscheidungen: Mit umfangreichen staatlichen Investitionsprogrammen (z. B. Zuschüsse zu Strompreis-Entlastungen, klimaneutralen Wärmenetzen oder LNG-Terminals, wie im Haushalt 2026 vorgesehen) besteht die Gefahr, dass Ressourcen weniger effizient eingesetzt werden als durch private Investitionen, die durch stabile Rahmenbedingungen ausgelöst würden.

Aus Sicht des Wirtschaftsrats sollte die Energiepolitik die Risiken für Unternehmen reduzieren, Planungs- und Genehmigungsprozesse beschleunigen und steuer- bzw. regulatorische Anreize setzen, statt direkt in spezifische Projekte einzugreifen.

Energiepreise sind in Deutschland relativ hoch – ein Ergebnis eines komplexen Geflechts von Umlagen, Abgaben und Förderkosten. Internationale Stellen wie die Internationale Energieagentur (IEA) empfehlen daher explizit, Steuern und Netzgebühren zu senken und Systemeffizienz zu erhöhen.

Aus Sicht des Wirtschaftsrats muss die Energiepolitik fokussiert Preissignale verbessern, die Kostenwahrheit im Energiesystem stärken und Wettbewerb als Preisdrücker nutzen, statt zusätzliche Belastungen durch neue Umlagen zu schaffen.

Positiv:

Positiv ist die Betonung der Technologieoffenheit zu sehen: Einige energiepolitische Aussagen im Jahreswirtschaftsbericht (z. B. Betonung von Wasserstoff, Speichertechnologien, Netzausbau) deuten auf eine im Vergleich zur Ampelregierung größere Offenheit gegenüber technologischen Lösungen hin, die Marktakzeptanz und Innovationskraft fördern.

Kritisch:

Insgesamt sind diese Ansätze aus Sicht des Wirtschaftsrats noch nicht konsequent genug: Ohne klare marktliche Leitplanken und signifikante Deregulierung bleiben diese Ansätze zu stark steuergetrieben statt marktgetrieben.

Fazit aus Sicht des Wirtschaftsrats:

Positiv:

- Anerkennung der Bedeutung von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Energiemärkten.
- Teilweise Betonung von Wettbewerb und technologieoffenen Lösungen.

Kritisch:

- Zu starke staatliche Interventionen ohne klare Exit-Strategien.
- Mangel an konkreten, tiefgreifenden Reformen für Wettbewerb, Marktöffnung und Bürokratieabbau.
- Energiepreise bleiben strukturell hoch, weil nicht alle regulatorischen Lasten adressiert werden.
- Investitionsanreize sind zu stark steuer- oder subventionsgetrieben statt auf Stärke des Standorts und Wettbewerb ausgerichtet.

Gesamtbewertung: Der energiepolitische Teil des Berichts greift zwar einige Forderungen des Wirtschaftsrats auf, bleibt aber in vielen zentralen Feldern hinter dem marktwirtschaftlichen Ansatz zurück und setzt immer noch zu sehr auf staatliche Planung und Finanzierung statt auf wettbewerbliche Kräfte, effizientere Märkte und klare Rahmenbedingungen für private Investitionen.

Es besteht damit die Gefahr, dass die Systemkosten der Stromversorgung weiter aus dem Ruder laufen und die De-Industrialisierung in Deutschland befördert wird – mit allen negativen Konsequenzen für die Bezahlbarkeit der Sozialsysteme, aber auch für die Energiewirtschaft selbst, die dann Gefahr läuft, auf großen Überkapazitäten sitzenzubleiben.

C.5. Arbeitsangebot (S. 81ff)

Positiv:

- Korrekt kritisches Bild vom deutschen Arbeitsmarkt, insbesondere des Stellenabbaus im verarbeitenden Gewerbe.
- Problemfeld eher geringer Arbeitsstunden je Erwerbstätigem korrekt benannt.
- Verbesserung der Kinderbetreuung als Herausforderung zur Steigerung der Arbeitszeit von Frauen benannt.
- Aufhebung des Vorbeschäftigungsverbots für sachgrundlose Befristungen bei Älteren ist ein sinnvoller Ansatz, um die Beschäftigung von Erwerbspersonen jenseits der Regelaltersgrenze zu erleichtern.
- Zurecht wird die Stärkung des Prinzips „Fordern“ in der Grundsicherung als Hebel genannt, um mehr Transferempfänger in Beschäftigung zu bringen.

- Ebenfalls korrekterweise wird das Ziel benannt, die verschiedenen Transfersysteme auf einander abzustimmen bzw. tlws. zusammenzulegen und so niedrigere Transferentzugsraten bei Arbeitsaufnahme zu erreichen.
- Begrenzung der Steuern- und Abgabenlast wird zurecht als Handlungsfeld benannt.

Kritisch:

- Die „Aktivrente“ ist eher kritisch zu sehen. Zuvor wäre die Beseitigung von Frühverrentungsanreizen zur Anhebung der Beschäftigungsquote Älterer sinnvoll.
- Es fehlt der Mut, konsequent und konkret Leistungskürzungen als Mittel zur Verringerung der Sozialabgabenlast zu fordern.

C.6. Außenwirtschaft und EU-Binnenmarkt (S. 95ff)

Außenwirtschaft (Ziff. 110 – 116)

Positiv:

Der Jahreswirtschaftsbericht greift die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Außenwirtschaft für Deutschland auf (Außenhandelsquote von 80%) und stellt die Diversifizierung der Handelsbeziehungen sowie die Vertiefung des EU-Binnenmarktes voran. Der Jahreswirtschaftsbericht stellt zudem die hohe Bedeutsamkeit der Außenwirtschaft für den Wirtschaftsstandort Deutschland fest.

(Ziffer 112) Das Bekenntnis zum Freihandel und zum regelgeleiteten internationalen Handel ist positiv. Hierzu zählen die Forderung des Abschlusses neuer Handelsabkommen wie auch die Modernisierung bestehender Abkommen. Auch der Einsatz für eine Reform der WTO ist positiv.

(Ziffer 114) Deutschland und die EU muss sich für einen fairen Handel einsetzen und etwaigen Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken. In diesem Sinne ist es gut, dass bestehende Verzerrungen explizit aufgegriffen werden und eine Straffung der Handelsschutzinstrumente der EU unterstützt wird.

(Ziffer 115) Erfreulich ist, dass die Bundesregierung zwei Kernforderung des Wirtschaftsrates zur Außenwirtschaft aufgreift, indem sie (1) ihre „Außenwirtschaftsförderung künftig noch stärker auf strategische Ziele ausrichten“ und dabei (2) „eine engere Verzahnung von Außenwirtschaftsförderung und Entwicklungszusammenarbeit vorantreiben“ möchte.

Kritisch:

Die Einschätzung der geopolitischen und geoökonomischen Lage ist zu Teilen zutreffend, macht jedoch nicht die ganze Tragweite der derzeitigen volatilen internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, die auch und insbesondere durch das erratische Verhalten der USA entstehen, deutlich.

EU-Binnenmarkt (Ziff. 117 – 121)Positiv:

Positiv fällt auf, dass der Jahreswirtschaftsbericht den EU-Binnenmarkt als Skalierungsraum für die Innovationskraft und das Wachstum von Unternehmen erkennt. Damit greift die Bundesregierung eine langjährige Forderung des Wirtschaftsrates auf, stärker den Binnenmarkt als Heimatmarkt für die deutschen Unternehmen zu begreifen. Richtigerweise werden auch grenzüberschreitende Investitionen angeführt. Auch hierbei greift der Jahreswirtschaftsbericht die Forderung des Wirtschaftsrates nach einer deutsch-französischen Initiative auf; die „Umsetzung der Deutsch-Französischen Wirtschaftsagenda“ ist richtig und wichtig.

Vor dem Hintergrund der mittelständisch geprägten Wirtschaft Deutschlands ist es richtig, dass die Bundesregierung in der europäischen Wirtschaftspolitik einen Fokus auf die KMU legt und das „think small first“-Prinzip im Blick hat.

Erfreulich ist, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Weiterentwicklung der Spar- und Investitionsunion einen bedeutenden Stellenwert für die Vollendung des EU-Binnenmarktes beimisst. Auch hier wird die vom Wirtschaftsrat geforderte Rolle der kapitalmarktbasierten Finanzierung als Ergänzung zum klassischen Bankenkredit aufgegriffen, mit dem der immense Investitionsbedarf der Wirtschaft finanziert werden kann. Wichtig und richtig ist, dass die „Novellierung der privaten Altersvorsorge“ als „wichtiger Beitrag“ für die Vertiefung und Verbreiterung des deutschen Kapitalmarktes gesehen wird.

Auch greift der Jahreswirtschaftsbericht eine weitere Forderung des Wirtschaftsrates nach einer Vereinfachung und gegebenenfalls einem Abbau einer zu komplexen Finanzmarktregulierung auf (Text-Ziff. 120). Es ist zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung – und damit die Ressorts für Finanz- und Wirtschaftspolitik – auf die Forderung nach einem „vereinfachten, kohärenten und verhältnismäßigeren Regelwerk für den europäischen Finanzmarkt“ einigen konnten. Hier braucht es jetzt eine Initiative Deutschlands gegenüber der Europäischen Kommission.

Kritisch:

Es ist angezeigt, die Rolle der Kapitalmärkte und der kapitalmarktbasierten Finanzierung auch für die öffentlichen Investitionen zu betonen. Der Kapitalmarkt stellt nicht nur eine Finanzierungsalternative für privatwirtschaftliche Unternehmensinvestitionen, sondern auch für öffentliche Investitionen dar. Die stärkere Einbindung eines europäischen Kapitalmarktes würde nicht nur die Effizienz öffentlicher Projekte bzw. Ausgaben steigern, sondern auch in stärkerem Maße grenzüberschreitende Lösungen (Skalierung) ermöglichen.

Kapitel D: Strukturanpassung, industrielle Wertschöpfung und Wirtschaftssicherheit

D.1. Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit (126 – 128)

Positiv:

Es ist positiv hervorzuheben, dass der Jahreswirtschaftsbericht Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung ausdrücklich zusammendenkt und damit einen zentralen wirtschaftspolitischen Zielkonflikt realistisch adressiert. Die Analyse der internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere der zunehmenden globalen Wettbewerbsintensität, der hohen Energiepreise in Deutschland und Europa sowie der geopolitischen Risiken für industrielle Wertschöpfung, zeigt ein ausgeprägtes Problembewusstsein für die Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts. Die klare Benennung energieintensiver Grundstoffindustrien als unverzichtbare Grundlage für industrielle Wertschöpfung, kritische Infrastrukturen und strategische Sektoren unterstreicht die Bedeutung einer starken industriellen Basis für wirtschaftliche Resilienz, Beschäftigung und Wohlstand.

Ebenfalls positiv zu bewerten ist der Fokus auf technologische Offenheit und Innovationsfähigkeit als zentrale Erfolgsfaktoren der industriellen Transformation. Die Betonung von Forschung, Entwicklung und Skalierung klimaneutraler Technologien sowie der Ausbau von Strom-, Wasserstoff- und CO₂-Infrastrukturen setzen grundsätzlich richtige Akzente. Instrumente zur Mobilisierung privater Investitionen, etwa durch die Schaffung grüner Leitmärkte oder die Förderung industrieller Transformationsprojekte, können dazu beitragen, Dekarbonisierung wirtschaftlich tragfähig zu gestalten. Der europäische Ansatz zur Stärkung industrieller Wertschöpfung und zur besseren Koordinierung von klima- und industriepolitischen Maßnahmen ist sinnvoll, um Wettbewerbsnachteile durch nationale Alleingänge zu vermeiden und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber internationalen Märkten zu sichern.

Kritisch:

Kritisch zu sehen ist jedoch die starke Fokussierung auf staatliche Steuerungs- und Förderinstrumente. Die Vielzahl an Programmen und regulatorischen Eingriffen erhöht die Komplexität und schafft zusätzliche administrative Belastungen für Unternehmen. Es fehlt eine klarere Priorisierung marktwirtschaftlicher Hebel wie dauerhaft wettbewerbsfähiger Energiepreise, steuerlicher Entlastungen sowie beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Zudem bleibt offen, wie schnell die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen tatsächlich umgesetzt werden können, was die Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen weiterhin einschränkt.

D.2. Carbon Leakage (129 – 130)

Positiv:

Der Jahreswirtschaftsbericht erkennt die Bedeutung eines wirksamen Carbon-Leakage-Schutzes ausdrücklich an und ordnet diesen als notwendige Flankierung der CO₂-Bepreisung im EU-Emissionshandel ein. Die klare Verbindung zwischen ambitionierter Klimapolitik und der Sicherung industrieller Wertschöpfung greift ein zentrales Anliegen der Wirtschaft auf. Die Einordnung des reformierten EU ETS als zentrales Steuerungsinstrument sowie die Anerkennung der besonderen Betroffenheit energieintensiver und exportorientierter Branchen zeigen ein realistisches Verständnis der industriepolitischen Herausforderungen.

Begrüßenswert ist zudem der Ansatz, Carbon Leakage nicht isoliert national, sondern auf europäischer Ebene zu adressieren. Die Betonung eines einheitlichen europäischen Rahmens sowie die Weiterentwicklung des Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) tragen grundsätzlich dazu bei, Wettbewerbsverzerrungen zu begrenzen und die internationale Anschlussfähigkeit der europäischen Klimapolitik zu stärken. Positiv ist auch, dass bestehende Schutzmechanismen nicht vorschnell aufgegeben, sondern schrittweise weiterentwickelt werden sollen, um industrielle Wertschöpfung in Europa zu halten.

Kritisch:

Kritisch zu bewerten ist jedoch, dass zentrale Fragen der praktischen Umsetzung offenbleiben. Insbesondere bestehen weiterhin erhebliche Unsicherheiten hinsichtlich der tatsächlichen Schutzwirkung des CBAM für exportorientierte Unternehmen sowie für nachgelagerte Wertschöpfungsstufen. Es besteht die Gefahr, dass zusätzliche administrative Anforderungen und unklare Übergangsregelungen den Wettbewerbsdruck für Unternehmen kurzfristig erhöhen. Zudem bleibt unklar, wie Carbon-Leakage-Risiken in global stark verflochtenen Lieferketten wirksam adressiert werden sollen, solange vergleichbare Klimaschutzstandards auf internationaler Ebene fehlen.

Aus wirtschaftlicher Perspektive wäre eine stärkere Betonung von Planungssicherheit, praktikablen Übergangsregelungen und handelspolitischer Flankierung erforderlich. Ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz muss Investitionen in Deutschland und Europa ermöglichen, ohne zusätzliche Standortnachteile zu schaffen oder Unternehmen mit unverhältnismäßigen bürokratischen Belastungen zu konfrontieren.

D.3. Wirtschaftssicherheit, kritische Infrastrukturen und Technologien, Rohstoffzugang

Positiv:

Das Papier erkennt Cybersicherheit ausdrücklich als zentralen Bestandteil staatlicher Handlungsfähigkeit, wirtschaftlicher Stabilität und gesellschaftlicher Resilienz an. Positiv hervorzuheben ist das klare Problembewusstsein für die zunehmende Bedrohungslage durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie die enge Verknüpfung von Cyberrisiken mit kritischen Infrastrukturen, Verwaltung, Industrie und Mittelstand. Die Betonung europäischer und internationaler Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen bestehender EU-Regulierungs-

initiativen und gemeinsamer Sicherheitsstandards, ist sachgerecht und notwendig. Ebenso ist die stärkere Verzahnung von ziviler, wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Perspektive ein richtiger Ansatz, um Cybersicherheit nicht isoliert, sondern als Querschnittsaufgabe moderner Staatlichkeit zu begreifen. Insgesamt zeigt der Abschnitt ein realistisches Lagebild und ein grundsätzliches Verständnis für die strategische Bedeutung digitaler Sicherheit.

Kritisch:

Gleichzeitig bleibt der Ansatz in weiten Teilen abstrakt und programmatisch. Konkrete politische Zielmarken, Priorisierungen und Umsetzungsinstrumente fehlen weitgehend. Unklar bleibt insbesondere, wie bestehende Defizite bei Personal, Kompetenzen und Finanzierung in Behörden, Kommunen und Unternehmen tatsächlich behoben werden sollen. Auch die Verantwortungsteilung zwischen Staat und Wirtschaft wird nicht präzise definiert: Fragen nach Mindeststandards, Haftung, Anreizsystemen und staatlicher Unterstützung bleiben offen. Die starke Fokussierung auf Regulierung und europäische Vorgaben wird nicht ausreichend ergänzt durch Maßnahmen zur Stärkung nationaler operativer Fähigkeiten, etwa bei Prävention, Detektion und Reaktion auf Cyberangriffe. Ohne klare Zuständigkeiten, messbare Fortschritte und verlässliche Investitionsbedingungen droht Cybersicherheit damit ein politisches Bekenntnis zu bleiben, ohne die notwendige Durchschlagskraft im Alltag von Verwaltung und Wirtschaft zu entfalten.

Positiv:

Der Jahreswirtschaftsbericht 2026 setzt wichtige richtige Akzente, indem wirtschaftliche Sicherheit ausdrücklich als Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur verstanden wird. Die Analyse der geopolitischen Risiken, der Verwundbarkeit globaler Lieferketten sowie der strategischen Bedeutung kritischer Infrastrukturen, Schlüsseltechnologien und Rohstoffe ist sachlich zutreffend und realistisch. Positiv ist zudem die Einbettung in europäische Initiativen wie den Critical Raw Materials Act, der Fokus auf internationale Partnerschaften und Diversifizierung sowie die Anerkennung der Kreislaufwirtschaft als Baustein zur Stärkung der Resilienz. Insgesamt zeigt der Abschnitt ein klares Problembewusstsein für die geoökonomischen Herausforderungen, vor denen der Wirtschaftsstandort Deutschland steht.

Kritisch:

Der Abschnitt bleibt jedoch zu vage und zu wenig handlungsorientiert. Konkrete Prioritäten, Zeitpläne und Zuständigkeiten fehlen ebenso wie belastbare Aussagen zur praktischen Umsetzung. Insbesondere bleibt offen, wie heimische Rohstoffgewinnung, -verarbeitung und Recycling tatsächlich beschleunigt werden sollen – etwa durch schnellere Genehmigungen, den Abbau regulatorischer Hemmnisse oder wettbewerbsfähige Energie- und Standortkosten. Auch der ordnungspolitische Rahmen bleibt unscharf: Die Rolle von Marktmechanismen, privaten Investitionen und staatlichem Eingreifen wird nicht klar definiert, Fragen der Finanzierung, strategischer Reserven oder zusätzlicher Regulierung werden ausgeklammert. Damit droht „Wirtschaftssicherheit“ ein weiteres Leitbild zu bleiben, ohne echte Investitionsanreize und Planungssicherheit für Unternehmen zu schaffen.

Teil II Jahresprojektion 2026

1. *Konjunktur (S. 125ff)*

Kritisch:

Die Prognose beschönigt die Wachstumseffekte. Der Sachverständigenrat hatte den quantitativen Effekt der längeren Arbeitstage (Feiertage fallen auf Wochenende) gemessen und auf rund 0,3 Prozentpunkte geschätzt. Dieser Zusammenhang ist plausibel, womit das Sondervermögen / der fiskalische Impuls nur rund ein Drittel zum BIP-„Wachstum“ beiträgt.

Es unterschlägt zudem, dass die fiskalischen Impulse aus der Fiskalpolitik kaum zusätzliche Ausgaben repräsentieren und damit ein Strohfeuer darstellen. Es ist also kein tragfähiges / nachhaltiges „Wachstum“ (von rund 1/3 Prozent).

2. *Weltwirtschaft (S. 131ff)*

Positiv:

Es wird zurecht auf die geopolitischen Unsicherheiten hingewiesen, die zu einem Attentismus bei Investitionsentscheidungen der Unternehmen führen. Da dieser zeitversetzt auf die Konjunktur wirkt, besteht in der weiteren Vorausschau kein Aufbruchsignal für das Wirtschaftswachstum.

3. *Außenhandel (S. 133ff)*

Positiv:

Die Beschreibung der aktuellen Situation in der Weltwirtschaft ist akkurat und fasst das Dilemma der deutschen Wirtschaft gut zusammen. Jüngste Ankündigungen von Zöllen sowie eine Weltwirtschaft, die zunehmend auf Protektionismus setzt, sind für die deutsche Exportwirtschaft schädlich. Dies macht sich auch in den negativen Wachstumszahlen sichtbar.

4. *Investitionen (S. 135)*

Kritisch:

Die Projektion stützt sich im Wesentlichen auf die Zweitrundeneffekte des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz sowie des Sondervermögens für die Bundeswehr. Zudem wird auf die moderaten Steuerimpulse (verbesserte Abschreibungen) hingewiesen. Der Bericht unterschlägt jedoch, dass die steuerpolitischen Maßnahmen reine Vorzieh-Effekte auslösen und die fiskalischen Impulse auch nur einmalig (wenn überhaupt zusätzlich) wirken.

Es fehlt eine klare Ausrichtung auf eine angebotsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Zudem wird im verwendeten Investitionsbegriff verschleiert, dass es sich um Ersatzinvestitionen handelt, die jedoch nicht zu einer Kapazitätserweiterung führen. Der Blick auf die effektiven Nettoinvestitionen liefert ein ernüchterndes Bild.

5. Staatsausgaben**Kritisch:**

(Ziffer 183) Die Bundesregierung erwartet trotz einer bereits extrem hohen Staatsquote einen weiteren Anstieg des staatlichen Konsums um preisbereinigt 2,4 %. Dies setzt somit den verhärtenden Trend seit der Corona-Zeit weiter fort, der zu einem breiten Wachstum des staatlichen Konsums geführt hat. Dieser Konsum verdrängt weiterhin privaten Konsum, beispielsweise durch das Wachstum des Gesundheits- und Pflegebereichs, und zieht somit beispielsweise Arbeitskräfte ab. Ebenfalls extrem kritisch ist der weitere Beschäftigungsaufbau im Bereich Verwaltung zu sehen.